

„Fatales Signal“ bei stürmischer Weltpolitik

Wegen eines vermeintlichen Sparkurses der Diözesen soll die katholische Friedensbewegung **PAX CHRISTI** nicht mehr gefördert werden

Die katholische Organisation der Friedensbewegung Pax Christi, schlägt Alarm: Die deutschen Bischöfe wollen ihr ab 2018 die Förderung streichen. Mit einer Begründung dieser Entscheidung tut sich die Bischofskonferenz schwer.

TONI NACHBAR

Die Empörung ist groß: Auch der Freiburger Friedensaktivist Jürgen Grässlin hat sich diese Woche zu Wort gemeldet und die Deutsche Bischofskonferenz gewarnt: „Pax Christi ist eine der tragenden Säulen der deutschen und internationalen Friedensbewegung.“ Ihr Zuschüsse zu streichen, sei ein Affront, den sich der hohe Klerus nicht leisten dürfe: „Die Bischofskonferenz soll bedenken, dass sie die Protestkultur der gesamten deutschen Friedensbewegung zu spüren bekommen könnte“, sagt der Freiburger Lehrer.

Es kursieren derzeit eifrig Briefe zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskon-

ferenz, dem Münchner Kardinal Reinhard Marx, dem Pax-Christi-Präsidenten – dieses Amt hält der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen inne – sowie einer Journalistin aus Stuttgart, Wiltrud Rösch-Metzler, derzeit gewählte Pax-Christi-Bundesvorsitzende. Die beiden Letztgenannten beschwören den Kardinal, nicht für ein „fatales Signal“ einzustehen: In Zeiten stürmischer Weltpolitik könne die katholische Kirche doch nicht ausgerechnet jener ihrer Organisationen die Gelder streichen, die sich für Abrüstung, Gewaltfreiheit, zivile Konfliktbearbeitung oder Rüstungsexportstopps einsetzen. Der Kardinal und Erzbischof aus München antwortet knallhart: „Ich möchte Ihnen keine Hoffnung auf eine Änderung der von den deutschen Bischöfen in ihrer Gesamtheit getroffenen Entscheidung machen. Meines Erachtens sollten sich ihre Bemühungen deshalb darauf konzentrieren, alternative Einnahmequellen zu erschließen.“

Es geht dabei, wie schon angedeutet, nicht nur um die mickrige Summe von 60 000 Euro, mit der die Kirche derzeit noch jähr-



Viele Kleinwaffen werden aus Deutschland in alle Welt exportiert. Auch dagegen wendet sich Pax Christi.

FOTO: DPA

lich Pax Christi bezuschusst. Die in Deutschland 5 000 Aktivisten starke Organisation möchte erfahren, warum sie die Unterstützung durch die Bischöfe verliert. Gibt es dafür politische Gründe? Dass Pax Christi wegen seiner überaus rüstungskritischen Haltung oder der Polemik gegen den Staat Israel auf harsche Kritik in konservativen Kreisen

stößt, ist bekannt. Und so fragt man sich: Haben auch die Bischöfe ein Problem mit Pax Christi, die am übernächsten Wochenende eine größere Aktionskonferenz „Stoppt den Waffenhandel“ an der angesehenen Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt veranstaltet? Kardinal Marx sagt „Nein“, und bleibt dennoch bei der Hal-

tung: Geld gibt es künftig keines mehr.

Überfordert gibt sich in dieser Sache die Pressestelle der Bischofskonferenz in Bonn: Nähere Auskünfte können nicht erteilt werden, teilt Pressesprecher Matthias Kopp schriftlich mit. Eine seiner Mitarbeiterinnen weist auf die Sparzwänge beim Haushalt des Verbands Deutscher Diözesen (VDD). In diesem Gremium haben die deutschen Bischöfe die Unterstützung einer Unternehmensberaterin gesucht, um den VDD-Etat auf jährlich 120 Millionen Euro einzufrieren. Daraufhin soll die Unternehmensberaterin die Ausgabenposten in drei Kategorien eingeteilt haben: A steht für überdiözesan förderwürdig, B für klärungsbedürftig, C für „Förderung soll auslaufen.“ Die Einteilung in die Kategorie C hat bei Pax Christi für Empörung gesorgt.

Dies bestätigt auch Wolfgang Schaupp, der im Erzbistum Freiburg als Vorsitzender der Diözesan-Abteilung von Pax Christi fungiert. Der pensionierte Lehrer und langjährige Rüstungsgegner aus Kappelrodeck berich-

tet von Gesprächen mit dem Freiburger Erzbischof Stephan Burger in dieser Angelegenheit: Dabei soll Burger versichert haben, dass er sich in der Bischofskonferenz für eine Revision der Entscheidung einsetzen werde.

Immerhin: Auf Diözesanebene wird vom Erzbistum Freiburg die Förderung für Pax Christi nicht gestrichen. Sie beläuft sich laut Pressesprecherin Lisa Plesker auf 13 000 Euro für Personalkosten plus 15 000 Euro für Sachkosten jährlich.

Auf Bundesebene machen die von der Bischofskonferenz gestrichenen 60 000 Euro gerade mal gut 15 Prozent des Pax-Christi-Etats aus. Die Organisation mit einer Geschäftsstelle in Berlin finanziert sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Somit wird deutlich, dass es Pax Christi nur symbolisch um das Geld geht und vielmehr um die politische Bewertung der Bischofskonferenz. „Wir wollen wissen, warum wir in der Kategorie C sind“, sagt die Pax-Christi-Vorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler: „Weil man uns das nicht sagt, stört uns auch diese Intransparenz.“